

Im Zuge der Haushaltsplanung 2027 wird erneut über eine Plastikabgabe diskutiert – bislang jedoch noch ohne konkrete Ausgestaltung.

Eine Studie des Umweltbundesamts ([Untersuchung ökonomischer Instrumente auf Basis des EU-Eigenmittels für nicht recycelte Kunststoffverpackungsabfälle](#)) zeigt, dass eine materialbezogene Steuer zu Ausweichreaktionen führen kann ohne nachweisbaren Umweltvorteil, teils sogar mit Risiken für Fehlsteuerungen.

Mit dem noch auszustaltenden §21 im jüngst verabschiedeten Verpackungsdurchführungsgesetz hat die Bundesregierung bereits einen zielgerichteten Ansatz geschaffen: Die sogenannte **Ökomodulierung** soll Verpackungen mit besserer Umweltleistung (z. B. Recyclingfähigkeit, Einsatz von Rezyklaten) belohnen und damit die richtigen Anreize setzen.

Eine zusätzliche Plastikabgabe würde diese Logik unterlaufen, Innovationen schwächen und die Industrie in ohnehin schwierigen Zeiten weiter belasten.

Daher wenden wir uns mit dem dringenden Anliegen an Sie, sich dafür einzusetzen, den Fokus auf die Lenkungswirkung des §21 zu legen, statt eine zusätzliche Abgabe einzuführen. Weitere Details können Sie gerne den Verbändepapieren entnehmen.

Für einen Austausch steht Ihnen [REDACTED] gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED]


We create chemistry

BASF SE, Registered Office: 67056 Ludwigshafen, Germany
Registration Court: Amtsgericht Ludwigshafen, Registration No.: HRB 6000
Chairman of the Supervisory Board: Kurt Bock
Board of Executive Directors:
Markus Kamieth, Chairman;
Dirk Elvermann, Anup Kothari, Stephan Kothrade, Mary Kurian, Katja Scharpwinkel, Livio Tedeschi

Information on data protection can be found here: <https://www.basf.com/global/en/legal/data-protection-at-basf.html>